

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/155 - 11. Juli 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0836890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Gefährliche Konsequenzen</u> Wissenschaft und Forschung dürfen nicht gebremst werden!	41
2 - 3	<u>Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?</u> Zu einem stark beachteten Buch von Prof. Fritz Sternberg Von Dr. Alex Möller, Mitglied der SPD-Mannschaft	86
4 - 5	<u>Verbesserungen im zweiten Wohnungsbau-Gesetz</u> Ein Erfolg der Opposition	90
6	<u>Unerwünschter Besuch</u> Was hat der südafrikanische Verteidigungsminister in Bonn zu tun?	30
6	<u>Pankow und die "vollständige Sozialisierung"</u> Ist Ulbricht jetzt ein "Verbrecher"?	19
7	<u>"...kann mit seinen Forschungen beginnen"</u> Was der Eichmann-Prozess zu Tage brachte.	45

Zur Beachtung: Aus Anlass des 25-jährigen Jahrestages des Beginnes der faschistischen Revolte gegen die Republik Spanien am 17. und 18. Juli 1936 veröffentlichen wir in dieser Woche eine Sonderausgabe des SPD-Pressedienstes

Vor 25 Jahren zerstörte eine Militärrevolte die Republik Spanien

Von Rodolfo Llopis,
Generalsekretär der Sozialistischen Partei Spaniens im Exil

* * *

Gefährliche Konsequenzen

Wissenschaft und Forschung dürfen nicht gebremst werden!

sp - 40 000 bis 60 000 Studenten werden voraussichtlich zusätzlich zu den jetzt schon 200 000 Studierenden in der Bundesrepublik in den nächsten zwei Jahren unsere Hochschulen besuchen. Diese Zahlen ergeben sich aus den Berechnungen des Deutschen Wissenschaftsrates.

In Fachkreisen wird darüber diskutiert, ob heutzutage der Übergang von der höheren zur Hochschule allzu leichtfertig erfolgt und ob man nicht Voraussetzungen für den Besuch einer Universität schaffen sollte, die in gewissem Sinne eine strengere als bisher übliche Aufnahme ermöglichen. An diesen Überlegungen mag ein Kern Wahrheit sein. Mitunter wird man jedoch den Gedanken nicht los, dass die Furcht vor der wachsenden Studetenzahl noch mehr diktiert wird von dem Wissen um die zu geringe Aufnahmefähigkeit unserer Hochschulen. Im Hintergrund dieses Wissens steht wiederum das Eingeständnis, dass man in den vergangenen Jahren die Förderung von Wissenschaft und Forschung trotz der guten wirtschaftlichen Konjunktur vernachlässigt hat.

Der Deutsche Wissenschaftsrat stellte vor kurzem fest, Mangel an Räumen und Mangel an Personal an den Universitäten habe zur Folge, dass der Lehrbetrieb Not leidet und dass die Forschungsarbeit an den Hochschulen stark behindert ist.

Es stimmt also irgendetwas nicht in unserem Staat, dessen höchste Prominenz bei feierlichen Anlässen immer wieder betont, die Bundesrepublik als Teil des freien Westens sei verpflichtet, der Wissenschaft und Forschung beste Arbeitsmöglichkeiten zu bieten, damit die jungen Menschen von heute in die Lage versetzt werden, den angekündigten Konkurrenzkampf auf materiellem und geistigem Gebiet mit den Mächten des Totalitarismus aufnehmen zu können.

Selbst wenn die Zahl unserer Studierenden in den nächsten zwei Jahren von etwa 200 000 auf 260 000 ansteigen sollte, würde die Bundesrepublik - gemessen an ihrer Bevölkerungszahl - immer noch 30 bis 40 Prozent hinter den Anstrengungen der Ostblockstaaten, besonders aber der Sowjetunion, auf diesem Gebiet zurückliegen.

In den Vereinigten Staaten hat man begriffen, worauf es bei dieser Frage ankommt. Präsident Kennedy forderte kurz nach seinem Amtsantritt die Amerikaner auf, in den nächsten Jahren die Anstrengungen für die Verbesserung des Erziehungswesens, sowie für den Ausbau von Wissenschaft und Forschung zu verdoppeln. Er nannte hierbei die Summe von etwa 5 Milliarden Dollar, die notwendig sei, um den Vorsprung der Sowjetunion aufzuholen.

Unter diesen Umständen wäre es besser, man würde sich in der Bundesrepublik ernsthaft Gedanken darüber machen, wie die defizitären Erscheinungen unseres Hochschulwesens beseitigt werden können, als darüber, wie man den Zustrom zu den Universitäten abstoppt.

Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?

Zu einem stark beachteten Buch von Fritz Sternberg
Von Dr. Alex Möller, Mitglied der SPD-Mannschaft

Heute, inmitten einer Welt, in der sich die Auseinandersetzung zwischen Ost und West auf einen Höhepunkt hin bewegt, greifen wir mit Spannung nach einem Buch, das in seiner Fragestellung verspricht, die wirtschaftliche und militärische Stärke der beiden grossen Weltmächte darzulegen und zu vergleichen. Unsere Erwartungen werden nicht enttäuscht.

Der Verfasser, Fritz Sternberg, lehrt als Nationalökonom in New York und hat über Kapitalismus, Imperialismus geschrieben. Das Grundproblem seiner Untersuchung sieht er daher wesentlich vom wirtschaftlichen und soziologischen Standpunkt.

Am Anfang stellt Sternberg eine gedrängte Einführung in die Entwicklung der Industriemächte. Hier hat zwischen den beiden Weltkriegen eine entscheidende Verschiebung stattgefunden. Ursprünglich standen England, gestützt auf seine Kolonien, und Deutschland an der Spitze der Weltproduktion. Die Vereinigten Staaten rückten mit der Erschliessung ihres Kontinents und endgültig mit dem Eintritt in den ersten Weltkrieg industriell in Führung. In ähnlicher Weise, nämlich durch Erschliessung seiner asiatischen Provinzen und die Wandlung vom Agrarland in einen Industriestaat, schaltete sich Sowjetrußland sprunghaft in die Entwicklung ein und überrundete die europäischen Industriemächte.

Höchst aufschlussreich erläutert Sternberg die zunehmende Wachstumsrate innerhalb ständig verkürzter Zeitschnitte, die es jenen im Anfang unterentwickelten Staaten erlaubte, ihre Industrie auszubauen. Zur Verdoppelung ihrer Produktion brauchten die USA rund 25 Jahre, die UdSSR etwa 10 Jahre. Die Sowjetunion hat in der industriellen Produktion den Rückstand gegenüber den Vereinigten Staaten stark verringert. Industrielle Stärke ist aber nicht gleichbedeutend mit militärischer Stärke. Industriell seien die Vereinigten Staaten zwar die erste Weltmacht, militärisch aber nicht; vielmehr sei sie hier von der Sowjetunion eingeholt worden. Wohl besteht nach Fritz Sternberg die Gefahr, dass die UdSSR, lange bevor sie die Produktion der USA erreicht habe, diese auf militärischem Gebiet wie auch hinsichtlich der Ausbildung ihrer Ingenieure und Techniker überflügeln und ihre Weltmachtposition in Zukunft noch weiter verstärken werden.

Ein Blick auf die Verwendung des Sozialprodukts erhellt die Situation. Während die Vereinigten Staaten 10,4 % für Militärausgaben verwenden, setzt die Sowjetunion dafür 24 % ein. Das Gleichziehen der UdSSR in der Entwicklung der Atom- und Raketenwaffen sowie ihr Vorsprung in der Weltraumforschung war möglich, weil Technik und Wissenschaft vorrangig gefördert wurden und in Gegenzug der Verbrauch der Bevölkerung stark eingeschränkt worden ist.

Sternberg zitiert eine Vielzahl massgeblicher Äußerungen, die auf die Gefahr für die freie Welt hinweisen. Der Investitionsrate der USA von 17 bis 20 % jährlich steht eine solche der UdSSR von 30 % gegenüber. Die Wachstumsraten der Produktion betragen vergleichsweise 3,6 % und 9%. Die Situation liesse sich mit einem Automobilrennen vergleichen, wobei Nordamerika noch die Spitze hält, doch rückblickend das ständige Näherkommen des Verfolgers bemerkt.

Um im militärischen und politischen Wettlauf zu bestehen, und das dürfte auch die Meinung des Präsidenten Kennedy sein, erscheint es unvermeidlich, einmal den Lebensaufwand zugunsten weitreichender Investitionen in Technik und Forschung einzuschränken, und zum anderen, den totalen Einsatz aller erforderlicher Mittel mit planwirtschaftlichen Methoden, die zu unter demokratischer Kontrolle bleiben müssen, ins Auge zu fassen.

Aktuell sind in diesem Zusammenhang die Beziehungen, die Ost und West zu den Entwicklungsländern aufweisen. Für den Lebensstandard eines Volkes ist nicht so sehr der Vergleich mit den Nachbarvölkern bedeutsam, als vielmehr der Fortschritt im eigenen Land gegenüber dem Gestern. Ins Konzert der Weltmächte beginnen sich China und Indien einzuschalten. Ihnen folgen zahlreiche junge afrikanische Staaten. Für sie könnte Sowjetrußland insofern Vorbild sein, als dieses sein industrielles Potential ohne Hilfe fremder Mächte und allein aus der Aktivierung der eigenen Volkskraft aufbaute. Wenn aber die USA, die bereits Wege einer Entwicklungshilfe aufgezeigt und wirksam bestritten haben, und die europäischen Staaten dem wirtschaftlichen Aufstieg der neutralen Staaten helfen, erfüllt darin die freie Welt eine ihr zufallende Verpflichtung, nicht zuletzt im eigenen Interesse.

Das 20. Jahrhundert wird weder ein sowjetisches noch ein amerikanisches sein; es schiebt sich die Macht der aufstrebenden Völker dazwischen. In Asien gehen die Politik der Sowjetunion und des kommunistischen China durchaus nicht immer konform. Man möchte meinen, der UdSSR sei an der wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung des chinesischen Kommunismus wenig gelegen. Daraus folgert Sternberg die Notwendigkeit für den Westen, die Chinafrage politisch zu revidieren und die völkerrechtliche Anerkennung zu vollziehen. Daneben liegt Indien wirtschaftlich noch weit zurück. Sein evolutionärer Weg statt eines revolutionären rückt es dem Westen näher, weshalb ihm dieser Hilfe bieten muss, damit es vor der anderen asiatischen Macht nicht zurücksteht.

Nach alledem liegt die Rolle Europas klar vor Augen. Es kann zwar nicht mehr Zentrum der Weltgeschichte sein, aber doch noch ein wichtiger Gestaltungsfaktor. Die eigentlichen Gegensätze sind heute nicht mehr Demokratie oder totalitärer Staat. Die aufstrebenden Mächte in Asien und Afrika sehen sich dazwischen gestellt, und ein vereintes Europa steht vor einem dritten Weg, dem der Anlehnung an planwirtschaftliche Methoden dort, wo es für die Staatserhaltung notwendig ist. In pluralistischen Mächtesystem hätte ein vereintes Europa erhebliches Gewicht.

Das ist die Meinung des New Yorker Nationalökonom, Fritz Sternberg. Und was sagen wir?

Verbesserungen im zweiten Wohnungsbaugesetz

sp- Die Änderung des zweiten Wohnungsbaugesetzes, um die in den letzten Wochen viel gerungen wurde, wird erfreulicherweise nun doch noch durchgeführt. Damit werden einige Regelungen des sozialen Wohnungsbauwesens, die im zweiten Wohnungsbaugesetz getroffen sind, etwas verbessert. Eine wesentliche Verbesserung ist nun noch dadurch erreicht worden, dass die Länder zu dem Gesetz den Vermittlungsausschuss angerufen und in den Beratungen durchgesetzt haben, dass die Wohnungsprämien endlich vom Jahre 1962 ab nicht mehr den Mitteln des sozialen Wohnungsbauwesens entzogen werden, wodurch die öffentliche Förderung des sozialen Wohnungsbauwesens ständig erheblich beeinträchtigt wurde. Die Länder haben damit einen von der SPD seit vier Jahren immer wieder gestellten und dringlich begründeten Antrag aufgegriffen, so dass jetzt dieses alte und bisher vergeblich vorgebrachte Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion doch noch im letzten Augenblick vor dem Ende dieser Legislaturperiode erfüllt wird.

Schon nach den Beschlüssen des Bundestages, wobei die SPD einen grossen Teil dieser Änderungen ihrerseits betrieben und durchgesetzt hat, sind praktisch für die betroffenen Bevölkerungskreise folgende Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Gesetz erreicht worden:

1. Bei den Wohnungssuchenden mit geringem Einkommen wird die Einkommensgrenze für die Alleinstehenden von monatlich DM 200.-- wenigstens auf DM 250.-- erhöht, für ein Ehepaar ohne Kinder auf DM 350.-- und für jeden weiteren Familienangehörigen um je DM 150.-- gesteigert. Die SPD hatte hier die Erhöhung auf DM 300.--, DM 400.-- und mehr vorgeschlagen, womit sie jedoch nicht ganz durchkam.
2. Die Einkommensgrenze für alle Bevölkerungskreise, die im sozialen Wohnungsbau begünstigt werden können, also öffentlich geförderte Wohnungen beziehen können, wird dadurch angehoben, dass die Zuschläge je Familienangehörigen von DM 100.-- auf DM 150.-- monatlich erhöht wird, so dass jetzt künftig eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Monatseinkommen von DM 1.200.-- statt bisher nur bei einem Einkommen bis DM 1.050.-- im sozialen Wohnungsbau berücksichtigt werden kann.
3. Das Familienzusatzdarlehen bei Familienheimen wird von DM 1.500.-- auf DM 2.000.-- erhöht und bereits vom zweiten Kind an gewährt für Bauherren, die zwei und mehr Kinder haben.
4. Verlorene Baukostenzuschüsse sollen weitestgehend eingengt werden. Sie können künftig vom Mieter bei Beendigung eines Mietverhältnisses zurückgefordert werden, wenn sie noch nicht abgewohnt sind.
5. Miet- und Lastenbeihilfen werden für alle vom Beginn des nächsten Jahres an bezugsfertig werdenden Wohnungen des

sozialen Wohnungsbaues gewährt, während sie bisher nur für Bevölkerungskreise mit geringem Einkommen gewährt wurden und wenn die Länder die Massnahmen eingeführt hatten.

Zu diesen schon gegebenen Bestimmungen kommen nun die Vergünstigungen hinzu, weil die Wohnungsbauprämien nicht mehr den Mitteln des sozialen Wohnungsbaues entzogen werden. Das hatte sich als sehr nachteilig erwiesen. In manchen Ländern sind die Mittel für den sozialen Wohnungsbau schon vollständig durch Wohnungsbauprämien aufgezehrt worden, die jetzt rund 500.- Millionen DM jährlich betragen. Die SPD hat immer beantragt, und zwar seit Jahren, die Wohnungsbauprämien ausserhalb der Mittel des sozialen Wohnungsbaues zu geben. Das wird nun endlich vom nächsten Haushaltsjahr an geschehen. Die Mittel werden dann zur Hälfte vom Bund und den Ländern aufgebracht. Das bedeutet, dass im nächsten Jahr rd 300 Millionen bis 350 Millionen DM für die Förderung des sozialen Wohnungsbaues mehr zur Verfügung stehen als bisher. Insgesamt werden 350 Millionen DM noch gegeben werden, also die Hälfte des Betrages, der vor einigen Jahren für diesen Zweck vom Bund gegeben worden ist. Aber diese 350 Millionen DM wären ganz, oder nahezu ganz, von den Wohnungsbauprämien aufgezehrt worden, wenn die neue Regelung jetzt nicht gekommen wäre. Es ist ein grosses Verdienst der Länder, dass sie diese alten SPD-Bemühungen durch die Anrufung des Vermittlungsausschusses aufgegriffen und damit durchgesetzt haben, so dass diesen alten SPD-Anträgen zur Verbesserung des sozialen Wohnungsbaues entsprochen wird.

Dass Bestimmungen gegen die verlorenen Baukostenzuschüsse in das Gesetz hineingekommen sind und dass nun verlorene Baukostenzuschüsse auf Antrag der Mieter unter bestimmten Voraussetzungen zurückzuerstatten sind, geht ebenfalls auf einen dringlichen von der SPD gestellten Antrag zurück. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. J. Brecht, hat deshalb bei der erneuten Abstimmung über das Änderungsgesetz aufgrund der Beratungen im Vermittlungsausschuss ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese auf die SPD-Initiative zurückgehenden Vergünstigungen begrüsst werden, dass aber damit keineswegs alle Wünsche der SPD auf Verbesserung des sozialen Wohnungsbaues in Ordnung gebracht sind. Der nächste Bundestag wird die Umgestaltung und Verlängerung des zweiten Wohnungsbaugesetzes zu beschliessen haben, wobei wesentliche Vereinfachungen und Vereinheitlichungen der ganzen Förderungsmassnahmen ebenso dringlich sind, wie die Notwendigkeit, die künftigen Mietpreisentwicklungen im sozialen Wohnungsbau wieder in den Griff zu bekommen und sorgfältig auf die Einkommensentwicklung und die Wohnmiete abzustimmen. Dann wird auch der im bisherigen Gesetz noch enthaltene Abbau der öffentlichen Wohnungsbauförderung um jährlich 70 Millionen DM rückgängig gemacht werden müssen.

* * *

Unerwünschter Besuch

sp - Was hat der südafrikanische Verteidigungsminister Jacobus Johannes Fouché in Bonn zu tun? Ihn begleitet sein Staatssekretär und der südafrikanische Wehrmachtbefehlshaber Grohelaar. Verteidigungsminister verhandeln in der Regel nicht über Fragen des Kulturaustausches, sie verfolgen meist handfestere Interessen. Nicht zu verstummende Gerüchte wollen wissen, Fouché und seine Begleitung seien nach Bonn gekommen, um über Lieferung von Waffen und Militärausrüstungen aus der Bundesrepublik nach Südafrika zu verhandeln. Hoffentlich stösst er hier, falls diese Gerüchte zutreffen, auf taube Ohren. Die Bundesregierung hätte wirklich keinen Anlass, eine Regierung zu unterstützen, die Beschlüsse der Vereinten Nationen missachtet und eine den Abscheu der zivilisierten Welt auslösende Rassenpolitik führt. Südafrika versorgt ausserdem die Portugiesen in Angola mit Waffen. Was heute in Angola geschieht, weiss inzwischen alle Welt. Zehntausende wurden getötet und hunderte Dörfer von den Soldaten eines Staates niedergebrannt, der sich rühmt, besonders christlich zu sein. 150 000 Menschen flohen in den Kongo. Die Vereinten Staaten haben die portugiesische Regierung im Rahmen der Vereinten Nationen aufgefordert, diese entsetzlichen Massaker zu beenden, von denen Christen und Nichtchristen betroffen sind. Der Diktator Portugals, Salazar, verbat sich eine solche Einmischung in "innere Angelegenheiten", er lässt den Völkermord in Angola weiter geschehen, nur unterstützt von der Regierung Südafrikas, die sich in einer Selbstverblendung ohnegleichen dem Kampf gegen die Farbigen verschoren hat. Soll die Bundesrepublik auf dem Umwege über Waffenlieferungen nach der südafrikanischen Union in diesen Vernichtungskampf eingeschaltet werden? Sollten südafrikanische Politiker diese Hoffnung nähren, liegt es nun an Bonn, sie gründlich zu zerstören. Auf lange Sicht gesehen brauchen wir als Deutsche mehr die Sympathien der schwarzen Afrikaner als die Freundschaft einer in der Weltmeinung isolierten und aus dem britischen Commonwealth ausgestossenen Regierung. Mögen die Herren aus Südafrika mit leeren Händen zurückkehren.

+ + +

Pankow und die "vollständige Sozialisierung"

sp - Die Versorgungskrise in der Sowjetzone treibt die Machthaber von Pankow zu merkwürdigen Kapriolen. Noch vor einigen Monaten haben sie mit viel Getöse angekündigt, die "vollständige Sozialisierung" werde jede Krise ausschliessen. Wer es wagte, diese Verkündung anzuzweifeln, musste sich als "Reaktionär" oder "Kapitalist" beschimpfen lassen. Jetzt wird plötzlich erklärt, gewisse Sektoren der Wirtschaft sollten und dürften nicht "sozialisiert" werden. Handel und Wandel müssten sich regen können, und "schuld" an dem Versagen des gesamten Wirtschaftsablaufs seien diejenigen, die zu stur an die Dogmen der SED geglaubt hätten. Ulbricht und die Spitzengarnitur der SED sind natürlich völlig unschuldig. Die kleinen gehetzten Funktionäre in Stadt und Land haben "versagt". - Werfen wir einen Blick in die sowjetzonalen Zeitungen jener Periode, in der Tito zielbewusst das Funktionieren der Wirtschaft den Realitäten der jugoslawischen Entwicklung anpasste und erklärte, das Prinzip des Wettbewerbs sowie die individuelle Entscheidungsfreiheit sei auch in der sozialistischen Wirtschaft erforderlich. Damals konnte man in der "DDR" lesen, Tito sei ein "Verbrecher", er "verrät den Sozialismus" und habe sich "an den amerikanischen Monopolkapitalismus verkauft". - Vielleicht liest Ulbricht das einmal nach; er könnte dabei etwas lernen ...

+ + +

"... kann mit seinen Forschungen beginnen"

sp - In den Berichten aus Jerusalem über den Eichmann-Prozess ist in den letzten Tagen kurz erwähnt worden, dass Eichmann bestreitet, jemals etwas mit der für die Schädel- und Skelettsammlung des Professors Hirth an der Straßbourger Universität beschafften Leichen von KZ-Häftlingen zu tun gehabt zu haben. Dieser wohl grauenhafteste Vorgang von Menschenexperimenten und Verbrechen in den Konzentrationslagern ist bisher in der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt geworden.

Es sind aber einige Dokumente erhalten geblieben. So schrieb ein SS-Standartenführer Sievers im Herbst 1942 an den SS-Obersturmbannführer Eichmann einen Brief. Darin fordert Sievers von Eichmann die Überführung von Juden und Jüdinnen aus dem Konzentrationslager Auschwitz in das Lager Natzweiler. Worum es hier ging ist aus einem weiteren Brief des SS-Professor Hirth vom 9. Februar 1942 an Himmler ersichtlich:

"Sicherstellung der Schädel von jüdisch-bolschewistischen Kommissaren zur wissenschaftlichen Forschung an der Reichsuniversität Straßbourg."

Im Nürnberger Ärzteprozess hat der damalige Kommandant des Konzentrationslagers Natzweiler, Kramer, folgendes unter Eid ausgesagt:

"Zu Beginn des August 1943 erhielt ich die 18 Insassen, die mit Gasen getötet werden sollten, die mir von Hirth übergeben worden waren. Eines abends ging ich zur Gaskammer mit einem kleiner Wagen, es war ungefähr neun Uhr, mit ungefähr 15 Frauen das erste Mal. Ich sagte zu diesen Frauen, dass sie in den Desinfektionsraum gehen müssten; aber ich sagte ihnen nicht, dass sie vergiftet werden sollten. Mit Hilfe einiger SS-Leute kleidete ich sie vollständig aus, schob sie in die Gaskammer, als sie völlig nackt waren. Als die Tür verschlossen war, fingen sie an zu brüllen".

Kramer berichtete dem Gerichtshof in Nürnberg weiter:

"Ich habe gesehen, dass diese Frauen ungefähr noch eine halbe Minute geatmet haben, bevor sie auf den Boden fielen. Nachdem ich die Ventilation innerhalb des Schornsteins in Bewegung gesetzt hatte, öffnete ich die Türen. Ich fand diese Frauen leblos am Boden liegen und sie waren voll bedeckt mit Ausscheidungen. Am nächsten Morgen sagte ich zu den Krankenpflegern der SS, die Leichname in einen Wagen zu legen, - Es war ungefähr um 5.30 Uhr -, damit sie in das anatomische Institut gebracht werden konnten, so, wie mich Professor Hirth gebeten hatte."

Dieses grauenhafte Verbrechen wickelte sich fast verwaltungstechnisch formal ab. SS-Standartenführer Sievers wünscht von SS-Obersturmbannführer Eichmann Schädel von jüdisch-bolschewistischen Kommissaren zur wissenschaftlichen Forschung des SS-Professors Hirth. Eichmann lässt die bedauernswerten Opfer in das Konzentrationslager Natzweiler überführen; der dortige Kommandant bringt die Menschen eigenhändig um und Professor Hirth kann mit seinen Forschungen beginnen...

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel